2011/XXXX(INI)

10.3.2011

ENTWURF EINES BERICHTS

über eine wirksame Rohstoffstrategie für Europa
(2011/XXXX(INI))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichterstatter: Reinhard Bütikofer

Verfasserin der Stellungnahme(*): Judith A. Merkies, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

PR_INI

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS 3

BEGRÜNDUNG 10

ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu einer wirksamen Rohstoffstrategie für Europa
(2011/XXXX(INI))

Das Europäische Parlament,

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 2. Februar 2011 mit dem Titel „Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze“ (KOM(2011)0025),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 4. November 2008 mit dem Titel „Die Rohstoffinitiative : Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern“ (KOM(2008)0699),

– unter Hinweis auf den Bericht „Critical Raw Materials for the EU“ (Für die EU kritische Rohstoffe) der Ad-hoc-Gruppe der Gruppe Rohstoffversorgung der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission[1],

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 3. März 2010 mit dem Titel „Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (KOM(2010)2020),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 26. Januar 2011 mit dem Titel „Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020“ (KOM(2011)0021),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 8. März 2011 mit dem Titel „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO_2-armen Wirtschaft bis 2050“ (KOM(2011)0112),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 28. Oktober 2010 mit dem Titel „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung. Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ (KOM(2010)0614),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 6. November 2010 mit dem Titel „Leitinitiative der Strategie Europa 2020 – Innovationsunion“ (KOM(2010)0546),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 9. November 2010 mit dem Titel „Handel, Wachstum und Weltgeschehen – Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie Europa 2020“ (KOM(2010)0612),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. März 2011 zu einer Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung[2],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 3. Februar 2011 über Elektro- und Elektronik-

[1] http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/files/docs/report-b_en.pdf
[2] Angenommene Texte, P7_TA-PROV(2011)0093.

Altgeräte[1],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 16. Juni 2010 zu EU 2020[2],

– unter Hinweis auf die Leitlinien der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission „Non-energy mineral extraction and Natura 2000“ (Nichtenergetische Mineralgewinnung und Natura 2000)[3],

– unter Hinweis auf die zusammen mit der Mitteilung der Kommission vom 4. November 2008 „Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern“ vorgelegte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (KOM(2008)0699) (SEK(2008)2741),

– unter Hinweis auf den Jahresbericht über die Rohstoffpolitik 2009 der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission[4],

– unter Hinweis auf die Studie „Verbindungen zwischen Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit“ der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission[5],

– unter Hinweis auf das Grünbuch der Kommission vom 10. November 2010 mit dem Titel „EU-Entwicklungspolitik zur Förderung eines breitenwirksamen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung. Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung“ (KOM(2010)0629 endg.),

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 10. November 2010 über die Festigung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika (KOM(2010)0634 endg.),

– unter Hinweis auf die bevorstehende Mitteilung der Kommission über Handel und Entwicklung,

– unter Hinweis auf die laufenden Verhandlungen der Doha-Gesprächsrunde,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Strategie EU-Afrika von 2007 und die Erklärung von Tripolis, die vom dritten Gipfeltreffen EU-Afrika am 29./30. November 2010 verabschiedet wurde,

– unter Hinweis auf das laufende WTO-Verfahren der EU, der USA und Mexikos gegen China zu neun Rohstoffen,

– gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,

---

[1] Angenommene Texte, P7_TA-PROV(2011)0037.
[2] Angenommene Texte, P7_TA-PROV(2010)0223.
[3] http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/neei_n2000_guidance.pdf
[4] http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/raw-materials/
[5] Studie „The links between the environment and competitiveness“ (Verbindungen zwischen Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit), Projekt ENV.G.1/ETU/2007/0041, http://ec.europa.eu/environment/enveco/economics_policy/pdf/exec_summary_comp.pdf.

– in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und der Stellungnahme des Entwicklungsausschusses, der Stellungnahme des Ausschusses für internationalen Handel und der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit(A7-0000/2011),

Eine Rohstoffstrategie

1. begrüßt, dass sich die Kommission im Bereich der nichtenergetischen, nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffe mit ihrer Rohstoffinitiative 2008 an die Spitze gesetzt hat;

2. nimmt die neue Mitteilung der Kommission und deren Zielrichtung, über die Rohstoffinitiative hinaus auch die Rohstoffmärkte einzubeziehen, zur Kenntnis; fordert die Kommission auf, den Rohstoffmärkten und der Rohstoffinitiative gesondert angemessene Aufmerksamkeit zu schenken;

3. begrüßt die Arbeit der Kommission zur Ermittlung kritischer Rohstoffe; fordert die Kommission auf, dieses Thema mit einer Analyse der Lieferketten, die von kritischen Rohstoffen abhängen, der Aufbereitungskapazitäten und der Wechselwirkung zwischen kritischen Rohstoffen und den mit ihnen verbundenen unedlen Metallen weiterzuverfolgen;

4. weist darauf hin, dass eine wirksame Steuerung der Rohstoffpolitik der Schlüssel zu einer wirksamen Strategie ist; betont die Notwendigkeit einer engen Abstimmung innerhalb der Kommission und zwischen den Mitgliedstaaten; empfiehlt die Bildung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Rohstoffe wie in Frankreich und den USA, die politische Maßnahmen erarbeitet, überwacht und überprüft, um ein kohärentes Vorgehen zu gewährleisten und die Einrichtung eines Frühwarnsystems zu fördern; fordert die Kommission auf, die Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die externe Dimension zu unterstützen; ist der Auffassung, dass die bevorstehende Mitteilung zur externen Dimension der Energiepolitik als Vorlage dienen könnte;

5. verlangt, dass das Europäische Parlament mit einem jährlichen Sachstandsbericht regelmäßig über den Fortgang der Rohstoffinitiative unterrichtet wird;

Eine Chance für die europäische Industrie: Ressourceneffizienz, Recycling und Substitution

6. stellt fest, dass die Herausforderungen bei Rohstoffen auch eine Chance sind, die industrielle Basis der EU zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit mit einer ehrgeizigen Strategie für die industrielle Innovation zu steigern; merkt an, dass mittel- bis langfristig eine zunehmende Effizienz, Recycling und geringerer Ressourceneinsatz für die Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit entscheidend sein werden; weist darauf hin, dass soziale Innovationen, Veränderungen in der Lebensführung und neue Konzepte wie Öko-Leasing, Chemikalienleasing und gemeinsame Nutzung von Chemikalien („Chemical Sharing“) von der Kommission gefördert werden sollten;

7. begrüßt den Plan der Kommission, eine Leitinitiative zur Ressourceneffizienz auf den Weg zu bringen; fordert die Kommission auf, eine Zielvorgabe zur Verbesserung der

Ressourceneffizienz um 3 % jährlich abzüglich der BIP-Entwicklung festzulegen; fordert von der Kommission, eine verlässliche Methode zur Messung der Ressourceneffizienz zu entwickeln;

8. vertritt die Auffassung, dass eine Steuer auf mineralische Rohstoffe kein geeignetes Mittel ist, fordert aber die Kommission auf zu untersuchen, ob eine Steuer auf die Wasser- und Bodennutzung sinnvoll sein könnte;

9. fordert die Kommission auf, die Instrumente der umweltgerechten Gestaltung auf Rohstoffe auszudehnen, mit Normungsgremien zusammenzuarbeiten, die Durchführbarkeit eines Top-Runner-Programms für Erzeugnisse in Bezug auf die Ressourceneffizienz zu prüfen sowie Beratungsdienste zur Ressourceneffizienz auszubauen, insbesondere für KMU, und fordert die Unternehmen auf, das Europäische System für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) zu nutzen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, über das öffentliche Beschaffungswesen ressourcenschonende Erzeugnisse und unter Einsatz von Sekundärrohstoffen hergestellte Erzeugnisse zu fördern; unterstreicht den Wert von Angaben über verwendete Ressourcen in der Produktinformation und von Umweltzeichen, um den Verbrauchern Entscheidungsmöglichkeiten zu verschaffen; fordert die europäischen Normungsgremien auf, den Aspekt der Ressourceneffizienz bei der Festlegung von Normen zu berücksichtigen;

10. weist auf den Beitrag des Recyclings zur Verringerung von Treibhausgasen hin; fordert die Kommission auf, eine eingehende Analyse zum Materialfluss und dabei insbesondere zur Ermittlung von Abfallströmen in der EU in Gang zu setzen;

11. verweist darauf, dass es wichtig ist, beim Recycling industrielle Synergien zu schaffen und Unternehmen dabei zu helfen, herauszufinden, wie ihre Energie, ihre Abfälle und ihre Nebenprodukte als Ressourcen für andere dienen können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Ansätze wie das Konzept des Vereinigten Königreichs mit seinem National Industrial Symbiosis Programme zu fördern;

12. fordert die Kommission auf zu untersuchen, ob geschlossene Deponien wieder geöffnet werden könnten, um potenzielle Altstoffe mit besten verfügbaren Technologien wiederzuverwenden, und auch Restabfälle aus dem Bergbau und Deponien von metallurgischen Abfällen zu prüfen, bis 2012 eine EU-Datenbank zu Standorten mit Bergbauabfällen fertigzustellen und die Richtlinie über die Bewirtschaftung von Abfällen aus der mineralgewinnenden Industrie durchzusetzen, für eine Behandlung dieser Abfälle mit besten verfügbaren Technologien zu sorgen und das Lifecycle-Management von Gebäuden zu fördern, um die Wiederverwendbarkeit von Stoffen, die bei deren Bau eingesetzt werden, zu gewährleisten;

13. fordert die Kommission auf, Recycling-Partnerschaften mit Entwicklungsländern zu fördern; ersucht die Kommission, Pilotprojekte wie abfallfreie Gebiete (zero waste zones) zu unterstützen;

14. ersucht die Kommission zu bewerten, wie die Europäische Investitionsbank (EIB) mithelfen kann, das finanzielle Risiko von Investitionen in Recycling-Anlagen mit bahnbrechender Technologie zu verringern;

15. fordert die Kommission auf, wirtschaftliche Anreize für das Recycling von derzeit unwirtschaftlichen kritischen Rohstoffen – einschließlich seltener Erden – zu schaffen, zu untersuchen, wie Märkte für Recyclingstoffe beispielsweise durch Umweltzertifikate für Recyclingstoffe, Anforderungen an eine umweltgerechte Gestaltung und steuerliche Anreize unterstützt werden können, und dafür Sorge zu tragen, dass auch die Kohäsionspolitik und -mittel wirksam zur Förderung von Ressourceneffizienz und Recycling eingesetzt werden;

16. betont, dass die illegale Verbringung von Abfällen bekämpft und eine weltweite Zertifizierungsregelung für Recyclinganlagen eingeführt werden muss; verweist auf die Bedeutung der Zusammenarbeit der einzelstaatlichen Zollbehörden; fordert die Kommission auf zu prüfen, ob ein gemeinsames System zur Unterrichtung von Behörden über illegale Verbringungsströme notwendig ist; fordert die Kommission auf, illegale Abfallströme zu analysieren; ersucht die Kommission, eine effektive Unterscheidung zwischen neuen und gebrauchten Artikeln auf Zollerklärungen durch eine entsprechende Regelung in den Durchführungsvorschriften des modernisierten Zollkodex der Gemeinschaft zu fördern;

17. fordert die Kommission auf, für die Erforschung von Lifecycle-Recycling, Substitution und Ressourceneffizienz Prioritäten zu benennen und Mittel im Rahmen des Siebten und Achten Rahmenprogramms zuzuweisen, insbesondere für kritische Rohstoffe wie zum Beispiel seltene Erden; ist von der Bedeutung einer Europäischen Innovationspartnerschaft für Rohstoffe überzeugt; fordert die Kommission auf, eine derartige Partnerschaft 2011 auf den Weg zu bringen;

18. bedauert, dass die Substitution in der Mitteilung nicht enthalten ist; fordert deshalb die Kommission auf, ihre Arbeit auf diesem Gebiet und insbesondere zu seltenen Erden mithilfe von Forschungsmitteln zu vertiefen;

Nachhaltige Versorgung in der EU

19. begrüßt die Kooperation zwischen nationalen geologischen Diensten und der Veröffentlichung eines europäischen Rohstoff-Jahrbuchs; betont, dass Daten zu Sekundärrohstoffen und zur Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfall (Urban Mining) berücksichtigt werden sollten; ersucht die Kommission zu bewerten, ob die Einrichtung eines Geologischen Dienstes der EU erforderlich ist, der die Arbeit nationaler Dienste zusammenfasst und wenn notwendig mit internationalen Partnern arbeitet; befürwortet die Arbeit der Kommission zur Verbesserung des geologischen Wissensbestands der EU; fordert die Kommission auf, eine Karte der Ressourcen der Union zu veröffentlichen;

20. bestätigt, dass die Natura-2000-Leitlinien eine solide Grundlage für eine nichtenergetische Mineralgewinnung bieten; stellt fest, dass Verhaltenskodizes zur Erreichung technischer, sozialer und ökologischer Spitzenleistungen wichtige Instrumente sind; fordert die Kommission auf, ökologisch sensible Gebiete mit möglichen Rohstoffvorkommen zu schützen, beispielsweise die Arktis, die Barentssee und Grönland;

21. verweist auf die Bedeutung von FuE für eine nachhaltige Rohstoffgewinnung zur Minimierung der Umweltauswirkungen und nachteiliger sozialer Folgen;

22. unterstreicht den hohen Stellenwert der Qualifikationen und der Ausbildung sowie die Rolle von Geologen und Ingenieuren; fordert die Kommission auf, in diesem Zusammenhang einen engen Dialog mit den Sozialpartnern zu führen;

Faire und dauerhafte internationale Versorgung mit Rohstoffen

23. begrüßt die Absicht der EU, Rohstoffdiplomatie insbesondere für kritische Rohstoffe zu betreiben; ist der Auffassung, dass sehr kurzfristig vorrangige Maßnahmen für seltene Erden entwickelt werden müssen;

24. betrachtet die Ressourcenbeschaffung als Aufgabe der Unternehmen; ersucht gleichwohl die Kommission zu prüfen, wie Konzepte wie eine europäische Rohstoff-Holding mit nichtfinanziellen Mitteln unterstützt werden könnten;

25. fordert die Kommission auf, den Ausgang des WTO-Verfahrens gegen China zu bewerten und künftig gegebenenfalls WTO-Mechanismen zu nutzen;

26. verweist auf die Bedeutung der Beziehungen Afrika-EU und der Einigung von Addis Abeba vom Juni 2010; verlangt, dass sich diese Partnerschaft auf gegenseitigen Interessen gründet;

27. bedauert, dass in der Mitteilung keine anderen Regionen oder Länder genannt werden; fordert die Kommission auf, weitere gegenseitig vorteilhafte Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern einzugehen; ist der Meinung, dass die EU Partnerschaften nach dem Konzept „Infrastruktur für Rohstoffe“ schließen muss; fordert die EU auf, rohstoffreiche Entwicklungsländer beim Aufbau ihres geologischen Wissens zu unterstützen; schlägt in diesem Zusammenhang die Schaffung gemeinsam finanzierter Lehrstühle an Geologie-Fakultäten vor;

28. ist besorgt, dass keine Strategie für die Zusammenarbeit mit China formuliert wurde; betont die Notwendigkeit eines Technologie-Dialogs mit China; fordert die Kommission auf zu prüfen, wie mit China Pilotprojekte für eine nachhaltige Gewinnung, Substitution oder Wiederverwendung kritischer Rohstoffe begründet werden können;

29. stimmt zu, dass die Entwicklungspolitik dann eine Rolle spielt, wenn Länder dabei unterstützt werden sollen, ihren Rohstoffreichtum für ein nachhaltiges und ganzheitliches Wachstum zu nutzen, beispielsweise durch eine verantwortungsvollere Staatsführung und mehr Transparenz; betrachtet die Entwicklungspolitik nicht als Instrument der Rohstoffdiplomatie; stimmt zu, dass Handelsabkommen die erforderliche Flexibilität bieten sollten, um Entwicklungsländer bei der Herstellung von Verbindungen von der Rohstoffwirtschaft zur örtlichen Wirtschaft zu unterstützen; ist der Überzeugung, dass hierbei die Rohstoffhoheit der Länder geachtet werden muss;

30. fordert die Kommission auf, Entwicklungsländern durch den Aufbau von Kapazitäten Hilfestellung bei der Überwindung von Informationsasymmetrien im Rahmen der Aushandlung von Rohstoff- und Rohstoffgewinnungsverträgen zu leisten;

31. verweist auf die Rolle der sozialen Verantwortung von Unternehmen bei der Einhaltung hoher ökologischer, sozialer und arbeitsrechtlicher Standards im Ausland und bei der

Anwendung der besten verfügbaren Techniken; fordert die EU-Unternehmen auf, einen geeigneten Verhaltenskodex für die Tätigkeit in Drittländern zu erarbeiten; fordert die Kommission auf, das Dodd-Frank-Gesetz der USA über Rohstoffe aus Konfliktzonen zu befolgen; befürwortet die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI); ist der Meinung, dass diese Standards insbesondere bei Projekten angewendet werden sollten, die Fördermittel der EU, wie etwa von der EIB, erhalten; fordert die Kommission auf, in diesem Zusammenhang die Nutzung der Technik des „Fingerprinting" (Herkunftsnachweis von Rohstoffen) zu verstärken und Pilotprojekte zu fördern, die auf den Erfahrungen der Coltan-Herkunftssignatur basieren;

32. begrüßt die Arbeiten zu Rohstoffen und Nachhaltigkeit im Rahmen der OECD, der G8 und der G20; unterstützt die Einbeziehung von Nicht-OECD-Mitgliedern in diese Gespräche; fordert den Aufbau einer strategischen Zusammenarbeit zwischen der EU, den USA und Japan zu kritischen Rohstoffen für einen Austausch von Angebots- und Nachfragedaten, die gemeinsame Erstellung von Prognosen, einen Austausch nachahmenswerter Verfahren, die Analyse von Lieferketten, eine Untersuchung der Möglichkeit gemeinsamer strategischer Vorräte und den Aufbau gemeinsamer FuE-Projekte; ersucht die Kommission, die Machbarkeit einer internationalen Initiative für eine Statistik zu kritischen Rohstoffen nach dem Vorbild von JODI, der Gemeinsamen Initiative für Transparenz auf dem Ölmarkt, zu prüfen;

o

o o

33. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Einleitung

Für die europäische Industrie wird die Beschaffung von Rohstoffen immer schwieriger. Das gilt besonders für die von der Europäischen Kommission benannten 14 kritischen Rohstoffe. Eine wachsende weltweite Nachfrage, verbunden mit einem mangelnden Angebot aufgrund langer Vorlaufzeiten in der Rohstoffwirtschaft und der zunehmenden Anwendung von Ausfuhrbeschränkungen durch rohstoffreiche Länder, treiben nicht nur die Preise auf Rekordhöhen, wie etwa bei Kupfer, sondern können auch zu Lieferengpässen führen. Zudem ist die EU bei vielen Rohstoffen, vor allem bei kritischen, hochgradig von Importen abhängig. Ein besonderes Beispiel dafür sind seltene Erden, bei denen China gegenwärtig 97 % der Weltproduktion kontrolliert und die Ausfuhr beschränkt.

Dies fällt stark ins Gewicht, hängt doch die Zukunft der Industrie in der Europäischen Union in hohem Maße von solchen nichtenergetischen, nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffen ab. Diese Rohstoffe sind besonders für die Umstellung auf eine CO_2-arme, nachhaltige Wirtschaft wichtig, denn sie kommen in Hochtechnologie-Erzeugnissen wie Katalysatoren, Batterien oder beim Aufbau erneuerbarer Energien zum Einsatz.

Darüber hinaus kann eine Rohstoffknappheit die Situation auf der internationalen politischen Bühne verschärfen und in ein Rennen um Ressourcen und eine wachsende Kluft zwischen rohstoffarmen und rohstoffreichen Ländern münden. Ein solches Szenario wäre für keine Seite von Vorteil. Deshalb sind neue Konzepte gefragt, die sich mit der Frage der nichtenergetischen, nichtlandwirtschaftlichen Rohstoffe, vor allem denen, die als besonders kritisch gelten, auf innovative und innovationsfördernde Art und Weise befassen, um letztlich Nullsummenspiele zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang stellt die Rohstoffinitiative einen wichtigen ersten Schritt dar. Die Europäische Union muss eine schlüssige und problemorientierte Strategie mit vorrangigen Maßnahmen entwickeln, und zwar vor allem für die kritischsten Rohstoffe. Zu diesem Zweck sollte die Europäische Kommission nicht nur der Rohstoffinitiative und den Grundstoffmärkten ausreichend Beachtung schenken, sondern auch eine Arbeitsgruppe Rohstoffe einrichten, die alle relevanten Generaldirektionen umfasst. Eine solche ressortübergreifende Arbeitsgruppe sollte vorrangige Maßnahmen für die kritischen Rohstoffe und insbesondere die seltenen Erden erarbeiten und kann eine einheitliche Ausrichtung gewährleisten. In Frankreich und den USA bestehen derartige Arbeitsgruppen bereits.

Eine Strategie für die industrielle Innovation zur Sicherung der Rohstoffversorgung und unserer Wettbewerbsfähigkeit

Eine Rohstoffstrategie wird letztlich darauf gerichtet sein müssen, innovativere Wege der Nutzung von Rohstoffen durch die europäische Wirtschaft zu finden, da dies erheblich zu unserer Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit beitragen wird. Das Problem Rohstoffe müssen wir in eine Chance zur Stärkung der Wirtschaftsmacht Europas verwandeln, indem wir unser Innovations- und FuE-Potenzial erschließen, einen der zentralen Aspekte der Leitinitiative „Innovationsunion“ der Kommission, sowie durch die

Industriepolitik für Europa, die Leitinitiative „Ressourceneffizienz“ und eine Innovationspartnerschaft für Rohstoffe. Wenn andere Länder mit uns um Rohstoffe konkurrieren, müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen, die vor allem in unseren Innovationskapazitäten und unserer starken Tradition bei Forschung und Entwicklung liegen.

Es wird entscheidend darauf ankommen, diese in den Bereichen Ressourceneffizienz, „Cradle to Cradle“-Recycling, Substitution und nachhaltige Rohstoffgewinnung wirksam einzusetzen. So hat etwa die Deutsche Materialeffizienzagentur errechnet, dass sich durch effizientere Verfahren jährlich rund 100 Mrd. EUR einsparen ließen. Auf diese Weise könnte die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Senkung der Kosten erheblich verbessert werden. Gleichzeitig gehen dadurch die CO_2-Emissionen und der Ressourcenverbrauch zurück, so dass wir unseren Bedarf besser decken können, weil die Nachfrage sinkt. Das gilt auch für das Recycling, das mit Sicherheit zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Nach Angaben der Wirtschaft entstehen beispielsweise bei durch Recycling gewonnenem Aluminium 95 % weniger Emissionen als bei seiner Primärgewinnung. Beim Recycling stehen zudem große Mengen an Stoffen aus Siedlungsabfall zur Rückgewinnung zur Verfügung (Urban Mining). Man kann auch noch einen Schritt weiter gehen und alte Deponien öffnen. Wenn nur 4 % der Deponien Metalle und Metallabfälle enthalten, dann könnten nach Industrieangaben bereits allein in Deutschland Millionen Tonnen zurückgewonnen werden. Nicht zuletzt bietet der Recycling-Sektor viele Arbeitsplätze und kann noch mehr schaffen. Daher gilt es, diesen Sektor zu fördern und zu stärken, indem unter anderem sichergestellt wird, dass Rückgewinnung über der Verbrennung steht.

Andere Länder gehen bereits in Vorlage. Japan beispielsweise stellt fast 1 Milliarde Euro bereit, die ein Anreiz für die private Wirtschaft sein sollen, ebenfalls eine Milliarde beizusteuern, um dann die Themen Ressourceneffizienz, Recycling und andere Maßnahmen in Angriff zu nehmen und die Lage das Landes in Bezug auf seltene Erden zu verbessern. Dazu hat sich das Land bereits als vorläufiges Ziel gesetzt, seinen Einsatz von seltenen Erden in den kommenden Jahren um ein Drittel zu reduzieren.

Die Europäische Union muss darauf achten, dass sie in Sachen Wettbewerbsfähigkeit nicht von anderen überrundet wird, denen es gelingt, effizienter zu arbeiten. Wir verfügen über umfassende Politikmaßnahmen zur Sicherung unserer künftigen Wettbewerbsfähigkeit, darunter Ökodesign, Fördermittel aus dem Siebten und Achten Rahmenprogramm, Recycling-Konzepte und auch andere kreative wirtschaftliche Anreize, um die so notwendige Ressourcen- und Rohstoffinnovation anzukurbeln.

In diesem Zusammenhang erlangt die Bildung einer Innovationspartnerschaft für Rohstoffe besondere Dringlichkeit. Auch die Substitution ist ein wichtiger Aspekt, der optimaler in die Rohstoffinitiative der Europäischen Kommission eingebettet sein muss. Das gilt ebenfalls für Veränderungen in der Lebensführung und soziale Innovationen wie Öko-Leasing und die gemeinsame Verwendung von Rohstoffen. Auch die Festlegung von vorläufigen Zielen ist wichtig, um klare Vorstellungen zu haben. Die EU sollte für die Ressourceneffizienz eine jährliche Zielvorgabe von 3 % festsetzen und anstreben, ihre pro Kopf und Jahr verbrauchte Rohstoffmenge bis 2050 auf 6-10 Tonnen zu senken.

Hier kommt auch der nachhaltigen Rohstoffgewinnung eine wichtige Rolle zu. Natürlich besitzt auch die Europäische Union Rohstoffvorkommen, auch von seltenen Erden etwa in

Schweden, und erweitert durch Projekte wie PRO-MINE ständig ihren geologischen Wissensbestand. Diese Arbeit lässt sich durch eine optimalere Kooperation zwischen den einzelnen nationalen geologischen Diensten, wie sie die Kommission plant, noch steigern. Zugleich verfügt die EU mit ihrem Natura-2000-Leitfaden über eine gute Grundlage für die solide Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe. Auch hier kann die EU vorankommen, indem sie fortfährt, bessere und nachhaltigere wie auch effiziente Technologien für die Rohstoffgewinnung zu entwickeln. Besonders umweltfreundlichere Technologien werden von Bedeutung sein, zumal die Gewinnung einiger Rohstoffe, wie etwa seltener Erden, mit Radioaktivität verbunden sein kann. Zusammen mit hohen ökonomischen und sozialen Standards werden solche Technologien nicht nur für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit sorgen, sondern auch das Ansehen europäischer Unternehmen im Ausland steigern, wenn diese Bedingungen kontinuierlich befolgt und optimiert werden. Daraus werden sich letztlich auch die Geschäftsmöglichkeiten in rohstoffreichen Ländern vergrößern, da diese die Vorteile erkennen werden, die eine Tätigkeit europäischer Unternehmen in ihren Ländern nach hohen EU-Standards – im Gegensatz zu Nicht-EU-Unternehmen – bietet.

Rohstoffdiplomatie

Neben einer Strategie für die industrielle Innovation, die auf einen geringeren Ressourcenverbrauch und ein verstärktes Recycling zusätzlich zum eigenen Potenzial der EU abstellt, wird die Europäische Union ihre Rohstoffe natürlich weiter von externen Lieferanten beziehen müssen. Deshalb spielt die Rohstoffdiplomatie eine maßgebliche Rolle.

In diesem Zusammenhang muss die Europäische Union gegenseitig vorteilhafte Partnerschaften eingehen, die sowohl für die rohstoffreichen Länder als auch für die EU von Nutzen sind. Neben einer Partnerschaft Afrika-EU könnte die EU auch Partnerschaften mit Ländern in Osteuropa, Lateinamerika oder Asien fördern. Hier geht es vor allem um China, da dort die größten Mengen der kritischen seltenen Erden gefördert werden. Es werden auch Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gemacht werden müssen. So kommt etwa das Konzept „Infrastruktur im Austausch für Ressourcen“ nur für bestimmte Entwicklungsländer in Frage. Hier könnten europäische Unternehmen industrielle Cluster mit Förder- und Bauunternehmen bilden. Für andere besonders rohstoffreiche Volkswirtschaften mit einem hohen Entwicklungsstand ist ein solches Modell uninteressant. Bei diesen Ländern lautet die Devise „Ressourcen für Technologie und Know-how“. Ein solches Vorgehen könnte auch in unseren Beziehungen zu China zum Tragen kommen. Wir brauchen zum Beispiel für einen bestimmten kurzen Zeitraum Zugang zu Chinas seltenen Erden, bis neue Abbauunternehmen in Ländern wie den USA, Kanada und Australien liefern können. Im Gegenzug ist Peking in dieser Zeit sehr an Hochtechnologien interessiert, bis es seine eigene Technologieentwicklung ausgebaut hat. Auf dieser Grundlage lassen sich hier Vereinbarungen treffen.

Gleichzeitig könnte die Europäische Kommission abschätzen, wie sich mit nichtfinanziellen Mitteln eine Rohstoff-Holding unterstützen lässt, an der viele europäische Unternehmen zur Beschaffung von Rohstoffen beteiligt sind. Andere Unternehmen wollen ihre Rohstoffversorgung vielleicht mit einer Strategie der vertikalen Integration sichern.

Die Europäische Kommission sollte außerdem darauf achten, dass EU-Unternehmen bei ihrer

Tätigkeit im Ausland ökologische und soziale Normen einhalten, um die guten Beziehungen der EU zu rohstoffreichen Ländern weiter zu festigen. In diesem Zusammenhang sollte die Europäische Union dem Vorbild der USA mit dem Dodd-Frank-Gesetz folgen und von Unternehmen verlangen, dass sie offenlegen, ob sie ihre Rohstoffe aus Konfliktregionen beziehen, und von der Rohstoffwirtschaft verlangen, Zahlungen an ausländische Regierungen offenzulegen, um die Transparenz zu verbessern und eine verantwortungsvolle Staatsführung zu gewährleisten. Um rohstoffreichen Ländern ein glaubwürdiges Partnerschaftsangebot zu unterbreiten, sollte die Europäische Union außerdem nicht das Mittel der Entwicklungspolitik dafür missbrauchen. Das trifft vor allem für das Allgemeine Präferenzsystem oder den Europäischen Entwicklungsfonds zu. Sie sollte vielmehr rohstoffreichen Ländern helfen, bestehende Probleme wie Informationsasymmetrien zu lösen, wenn es um die Aushandlung von Rohstoff- und Rohstoffgewinnungsverträgen geht, da viele Staaten nicht über das Fachwissen verfügen, um den Wert ihrer Naturressourcen richtig einschätzen zu können, und deshalb Schwierigkeiten haben, für sie günstige Verträge abzuschließen.

Nicht zuletzt sollte die Europäische Union mit anderen Industrie- und Schwellenländern kooperieren, um Synergien zu schaffen. Außer mit der OECD und den G8/G20 sollte die Kommission eine konkrete Zusammenarbeit mit den USA und Japan vorantreiben. Das könnte auch den Austausch von Daten oder die Entwicklung gemeinsamer FuE-Programme beinhalten.

Letztlich benötigt die Europäische Union, wenn sie das Rohstoffproblem erfolgreich lösen will, eine umfassende und ganzheitliche Strategie, die auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen gerichtet ist, die innerhalb der EU und weltweit umgesetzt werden können und vor allem kritische Rohstoffe wie seltene Erden betreffen. Den Kern muss dabei eine Strategie für die industrielle Innovation auf der Basis von Ressourceneffizienz und Recycling bilden, den einzigen Maßnahmen, mit denen sich die dreifache Herausforderung einer Sicherung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit, der Nachhaltigkeit und der Versorgungssicherheit angemessen angehen lässt.

ERWÄGUNGSGRÜNDE

Dieses Vorgehen ist ungewöhnlich, aber aufgrund der Platzbegrenzung im Hauptteil des Berichts folgen erst an dieser Stelle die Erwägungsgründe, die der Berichterstatter später als Änderungsanträge einreichen will:

A. in der Erwägung, dass die EU eine starke industrielle Basis und eine umweltschonende Industrie benötigt, die in hohem Maße von einer ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen abhängig sind, um die Umstellung auf eine CO_2-arme Wirtschaft vollziehen und wettbewerbsfähig bleiben zu können;

B. in der Erwägung, dass die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen stetig zunimmt;

C. in der Erwägung, dass aufgrund der Fortschritte bei neuen Technologien die Nachfrage nach Rohstoffen, die für die Entwicklung dieser Wirtschaftszweige entscheidend sind, weiter steigen wird;

D. in der Erwägung, dass das weltweite Angebot zum Teil durch Ausfuhrquoten beschränkt

ist und die Preise Rekordhöhen erreichen,

E. in der Erwägung, dass die Märkte von fairen und gleichen Wettbewerbsbedingungen profitieren;

F. in der Erwägung, dass ein wachsender Wettbewerb um Rohstoffe die internationalen Beziehungen verschlechtern und zu ressourcenbedingten Konflikten führen kann;

G. in der Erwägung, dass diese Herausforderungen eine Chance für neue, innovative Partnerschaften mit einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittstaaten bieten;

H. in der Erwägung, dass eine Strategie der industriellen Innovation, in deren Mittelpunkt die Steigerung von Effizienz und Recycling steht, die Nachhaltigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Versorgungssicherheit fördert;

I. in der Erwägung, dass es vor allem darauf ankommt, rechtzeitige und entschlossene Schritte zur Umsetzung einer effizienten Strategie zu unternehmen und Ergebnisse im Rahmen der Europäischen Rohstoffinitiative zu erzielen;